

1 **Unsere Kommunen sind unverzichtbar –**
2 **Appell für eine auskömmliche Finanzausstattung unserer Städte und**
3 **Gemeinden**

4
5
6 Knapp zehn Jahre lang von 2014 bis 2023 hatten die Kommunen in Deutschland
7 finanzielle Stabilität mit positiven oder nur leicht negativen Finanzierungssalden.
8 Trotzdem bestand weiterhin ein Investitionsstau an der Infrastruktur von inzwischen
9 über 200 Mrd. Euro - ohne Berücksichtigung der zukünftigen Herausforderungen im
10 Bereich Klimaschutz. Kommunen müssen Investitionen in Wärmenetze und die
11 Modernisierung ihres Gebäudebestands finanzieren können, die dem Klimaschutz
12 dienen und Betriebskosten senken helfen. Es braucht eine verlässliche und
13 auskömmliche Finanzierung von ÖPNV-Infrastruktur und –betrieb ebenso für die
14 Radinfrastruktur.

15
16 Die Kommunen in Baden-Württemberg standen dabei vergleichsweise besser da als
17 jene in anderen Bundesländern. Sie profitierten von der wirtschaftlichen Stärke des
18 Landes und einer im Vergleich besseren finanziellen Ausstattung von Seiten des
19 Landes.

20
21 Doch die Zeiten finanzieller Stabilität sind vorbei - die Lage der Kommunen ist
22 inzwischen deutschlandweit äußerst prekär. Es ist unklar, wie die Daseinsvorsorge
23 sichergestellt werden kann. Kommunen müssen bei all Ihren Aufgaben hinterfragen,
24 ob und wie diese noch geleistet werden können und welche verzichtbar sind. Das
25 Jahr 2024 brachte mit einem Finanzierungsdefizit von 24,8 Mrd. Euro das größte
26 Minus aller Zeiten - mehr als das Dreifache der Defizite während der großen
27 Finanzkrise 2009/2010. Für 2025 sehen die Prognosen sogar eine weitere deutliche
28 Verschärfung des Finanzierungsdefizits auf bis zu 35 Mrd. Euro vor. Binnen
29 kürzester Zeit haben sinkende Steuereinnahmen bei gleichzeitig stark steigenden
30 Sozial- und Personalausgaben die Kommunalhaushalte so dramatisch belastet, dass
31 vielerorts selbst die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben nur noch mit größter
32 Mühe – wenn überhaupt – möglich ist. Der Verlust der Haushaltsautonomie ist für
33 viele Kommunen ein akutes Thema.

35 Diese Krise betrifft nahezu die komplette kommunale Ebene – Städte, Gemeinden
36 und Landkreise, unabhängig von Größe oder politischen Mehrheiten. Es handelt sich
37 um eine strukturelle Krise. Die Kommunen tragen ein Viertel der staatlichen
38 Aufgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Zudem sind die
39 Kommunalfinanzen seit jeher stark abhängig von externen gesamtwirtschaftlichen
40 und gesellschaftlichen Entwicklungen, auf die sie selbst kaum einen Einfluss nehmen
41 können. Diese Abhängigkeit wirkt sich aktuell besonders negativ aus und gefährdet
42 unser Modell leistungsfähiger Kommunen als Fundament des föderalen Staates.

43
44 Kommunen sind das Rückgrat unserer Demokratie. Hier erleben Bürgerinnen und
45 Bürger den Staat unmittelbar - von der Kita über das Schwimmbad bis zum Theater,
46 vom Radweg über den Straßenbau bis hin zum ÖPNV, vom Jugendtreff über das
47 Krankenhaus bis zur Wohnungsbaugesellschaft. Kommunen sind Orte relevanter
48 Entscheidungen für das individuelle Leben der Menschen. Die Arbeit der
49 Gemeinderäte und Kommunalverwaltungen ist damit elementar für ein gutes
50 gesellschaftliches Miteinander vor Ort und für das Entstehen von Vertrauen in unsere
51 Demokratie. Funktionierende Kommunen sind unverzichtbar für unser
52 demokratisches Zusammenleben.

53
54 Das Land Baden-Württemberg hat reagiert. In einem ersten Schritt stellt es kurzfristig
55 umfangreiche Liquiditätshilfen bereit und kündigte diese auch für das Jahr 2026 an.
56 Nun hat das Land auch ergebnisverbessernde Unterstützungen zugesagt: eine
57 Beteiligung von 67% an den Investivmitteln des Sondervermögens, zusätzliche
58 Zahlungen für 2025 und 2026 über die FAG-Mittel und das BTHG sowie eine
59 dauerhafte Beteiligung an den laufenden Kosten des Rechtsanspruchs auf Ganztags
60 im Grundschulalter.

61 Diese Unterstützung ist sehr wertvoll und wird von den Kommunen dankbar
62 angenommen. Doch sie allein löst nicht die strukturellen Probleme. Der Bund hat
63 währenddessen teure Wahlkampfgeschenke mit Pendlerpauschale und
64 Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie verteilt, die den finanziellen Spielraum
65 der öffentlichen Hand insgesamt weiter einschränken. Dieses unsolide Haushalten
66 muss gestoppt werden!

Die GAR fordert den Bund auf, die kommunale Finanzausstattung umgehend, nachhaltig und substanziell zu verbessern. Konkret bedeutet dies:

1) Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer:

Die Umsatzsteuer ist konjunkturstabil und eignet sich besser zur Finanzierung kommunaler Aufgaben als die Gewerbesteuer, die bei wirtschaftlich vertretbaren Hebesätzen nicht ausreicht und zudem stark konjunkturabhängig ist. Der **Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer muss erhöht werden.**

2) Entlastung bei den Sozialausgaben:

Kommunen tragen ein breites Spektrum sozialer Aufgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt sind. Die Ausgabendynamik – bedingt durch neue Leistungen, höhere Standards und gesellschaftliche Veränderungen – ist seit langem problematisch. Es braucht eine **spürbare Entlastung** und eine **größere finanzielle Verantwortung des Bundes**, der diese Aufgaben gesetzlich festlegt.

3) Auskömmliche Krankenhausfinanzierung:

Nur noch wenige Krankenhäuser schreiben schwarze Zahlen. Es ist nicht Aufgabe der Kommunen und Kreise, das Gesundheitssystem und eine flächendeckende medizinische Versorgung dauerhaft mit Millionenbeträgen zu stützen. Dennoch müssen sie jährlich hohe Summen, oftmals hohe zweistellige Millionenbeträge, aufbringen, um die medizinische Versorgung sicherzustellen. **Das ist nicht tragbar.**

4) Erweiterung der Konnexitätsregeln:

Die bestehenden Regelungen zwischen Bund, Land und Kommunen reichen nicht aus oder werden aktiv umgangen. Konnexität muss so gestaltet sein, dass Zahlungsverpflichtungen nicht durch fehlende Detailregelungen ausgehebelt werden können. Kommunen dürfen nicht länger die finanziellen Lasten neuer Aufgaben tragen, die sie nicht selbst beschlossen haben.